

„Europa ist in unserem Interesse“

**Ansprache des Präsidenten des Sächsischen Landtags
Dr. Matthias Rößler zur Konferenz „Wie weiter in Europa?“
am 12. November 2021 in Wien**

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Wolfgang Sobotka,
verehrter Herr Minister Dr. Gulyás,
meine Herren Botschafter und Mitglieder des diplomatischen und
konsularischen Korps,
sehr geehrte Abgeordnete des Nationalrates
und des Sächsischen Landtags,
lieber Staatsminister Oliver Schenk,
liebe Kuratorinnen und Kuratoren des Forums Mitteleuropa,
meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste,

es ist mir eine außerordentliche Freude und Ehre, Sie hier in Wien,
im Parlament der Republik Österreich willkommen zu heißen.

Lieber Wolfgang Sobotka, haben Sie vielen herzlichen Dank für die
Möglichkeit, als Forum Mitteleuropa hier tagen zu dürfen. Sie haben
es in Ihrer einleitenden Ansprache zum Ausdruck gebracht, wie viele
Themen wir als Mitteleuropäer haben, wie viele spezifische Fragen
sich uns stellen, die vielleicht so oder ähnlich in anderen Teilen
unseres Kontinents kaum eine Rolle spielen.

Genau solchen Aspekten hat sich das Forum Mitteleuropa beim
Sächsischen Landtag von Beginn an verschrieben. Es begeht in

diesem Jahr sein zehntes Jubiläum. Im September 2011 haben wir uns in Dresden gegründet. Unverändert trägt uns das Ziel, mitteleuropäische Akzente stärker ins öffentliche Bewusstsein Europas zu heben. Das Forum möchte in Mitteleuropa Bande des geistigen Austauschs und der Verständigung knüpfen. Wir wollen uns besser verstehen lernen. Und wir möchten dazu beitragen, Mitteleuropa jenen zu vermitteln, die in einem geteilten Europa eine andere Geschichte erlebt haben.

Dass eine Initiative wie das Forum Mitteleuropa von Sachsen ausgeht, das hat historische Gründe ebenso wie aktuelle. Sachsen hat historisch immer zu Mitteleuropa gehört und über Jahrhunderte hinweg den mitteleuropäischen Raum mitgeprägt – politisch, wirtschaftlich, kulturell. Nach der langen Zeit zweier Diktaturen kehrte der Freistaat Sachsen 1990 in die Geschichte, in die Demokratie zurück. Es war zugleich eine Rückkehr nach Mitteleuropa. Mit den anderen Ländern Mitteleuropas verbindet uns der Freiheitskampf im Jahr 1989, als sich die Völker im Herzen unseres Kontinents selbst aus der Unterdrückung befreiten. Die damit untrennbar verbundene Rückkehr nach Europa ist seither unser Auftrag. Denn zu ihr gehören unverbrüchlich Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diese einstigen Ziele der mitteleuropäischen Bürgerbewegungen sind und bleiben der einzige für uns gangbare Weg im Europa des 21. Jahrhunderts.

Heute ist Sachsen eine Brücke nach Ost- und Mitteleuropa. Wir pflegen offenen Herzens ein enges Verhältnis zu unseren östlichen und südlichen Nachbarn. Dialog und Kooperation stehen für uns an

vorderster Stelle. Wir wissen, was in den Ländern Mitteleuropas seit 1990 aus eigener Kraft, aber auch mithilfe europäischer Solidarität geschaffen wurde. Dieser Leistung gebührt höchste Anerkennung. Wir kennen aber auch die daraus bis heute resultierenden Probleme und Missverständnisse im Ost-West-Verhältnis.

Zugleich müssen wir alles daran setzen, diesen Erfolgsweg in Europa gemeinsam weiterzugehen. Die Erweiterung der Union in Richtung Osten und Südosten hat die Wesenheit des europäischen Staatenverbundes verändert, was übrigens viele im Westen nicht sehen wollen. Das heißt aber auch, Mitteleuropa profitiert nicht nur von der Europäischen Union, es steht auch mehr denn je in der Verantwortung für Europa. Und die einzig richtige Devise lautet dabei: Europa gestalten! Das vereinte Europa ist im ureigenen Interesse unserer Völker. Wenn wir aus den Jahrhunderten eine Lektion für immer und ewig gelernt haben sollte, dann diese.

Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer verdeutlichte vor wenigen Wochen beim 30. Jubiläum unseres Verbindungsbüros in Brüssel, wie sehr Sachsen von einem geeinten Europa profitiert hat. Die Unterstützung für unzählige Projekte, für Forschung, Innovationen und Infrastruktur hat seit 1990 ganz entscheidend dabei geholfen, dass sich der Freistaat Sachsen wieder zu einem erfolgreichen Forschungs- und Industriestandort entwickeln konnte.

Hinzu kommen die gar nicht zu beziffernden Vorteile des europäischen Binnenmarktes, der gefallen Grenzzäune, des kulturellen und zwischenmenschlichen Austauschs in Europa, des

Friedens und der Versöhnung. Wollen wir das ernsthaft aufs Spiel setzen? Glaubt irgendein Staat oder ein Volk in Europa, man stünde auf sich allein gestellt besser da? Man stünde besser da an der Seite Russlands oder Chinas?

Die Realität in Europa ist seit Jahren nicht leicht, sie ist schwer. Unlösbar scheinende Konflikte stehen im Raum – bei den Reformen in der Migrations- und Asylpolitik, bei der Bekämpfung des Klimawandels, bei der Suche nach außenpolitischer Souveränität oder im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in den Mitgliedstaaten. Überlagert wurde und wird dies von der über die Welt und Europa hereingebrochenen Corona-Pandemie. Sie konfrontierte alle Staaten mit ungekannten Problemen, zeigt aber auch, dass es nur einen gemeinsamen europäischen Ausweg gibt.

Eine Desintegration wie beim Brexit darf sich in der EU nicht wiederholen. Die EU muss für jeden Mitgliedstaat immer die beste Wahl darstellen. Wir sollten das unbedingt beachten, wenn gegenwärtig das Wort vom Polexit die Runde macht. Ich finde allein den Gedanken daran fürchterlich, ob er nun aus Brüssel, aus Warschau oder von anderswo kommt.

Wir wissen, und das kennen die Sachsen wie die Österreicher mit ihrem Verständnis für Mitteleuropa besonders gut, dass viele in Mitteleuropa den gegenwärtigen Weg der Europäischen Union skeptisch betrachten. Sie meinen, die Union entferne sich immer mehr von den ursprünglichen Ideen. Sie meinen, die EU agiere losgelöst vom Alltag und den Erfahrungen der Menschen vor Ort und

riskiere damit ihren Fortbestand. Viele können eher einem Europa vitaler Nationalstaaten, das sich auf das Wesentliche konzentriert, auf Bereiche wie den Binnenmarkt, den Außenhandel oder den äußeren Grenzschutz, etwa abgewinnen. Sie sehen die EU eher als Markt, weniger als Wertegemeinschaft.

In seinem Buch „Europas geteilter Himmel“ beschreibt der Journalist Norbert Mappes-Niediek das dahinterliegende Phänomen: „Der Westen trumpft auf, der Osten reagiert widerstrebend; der eine greift an, der andere wehrt sich zaghaft, aber wirkungsvoll“. Der eine erhebt Anspruch auf die Anerkennung seiner allgemeingültigen Wahrheit, der andere erhebt Anspruch auf seine Besonderheit.

Wie immer der Weg am Ende aussieht, in jedem Fall muss sich Europa – im Osten, im Westen, im Süden, im Norden – darüber einig sein. Es ist wie im wahren Leben. Streitphasen sind wichtig, aber sie müssen gelöst werden hin zur Stabilität. Und was wir in Europa brauchen, das ist eine unbedingte Stabilität der Systeme. Ob Finanzen, Bildung, Wirtschaft, Gesellschaft oder Staat – Instabilitäten sind Gift für unser europäisches Projekt. Die Corona-Pandemie hat Instabilitäten erzeugt und es besteht unverändert die Gefahr, dass sich in Europa eine Vertrauenskrise erhärtet.

In einer Welt, die zunehmend von der Rivalität zwischen China und den Vereinigten Staaten bestimmt ist, muss Europa gemeinsam agieren und darf sich weder von außen noch von innen auseinanderbringen lassen. Denn die universelle Anziehungskraft der freiheitlichen Demokratie, so hat es jüngst Ivan Krastev noch

einmal auf den Punkt gebracht, „wird durch den gleichzeitigen Aufstieg des nationalistischen Autoritarismus innerhalb und außerhalb der EU infrage gestellt“. Beides ist gefährlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Konferenz will verschiedene Perspektiven aufzeigen. Der Konferenztitel „Wie weiter in Europa?“ ist eine Frage, die zwei eherne Voraussetzungen umfasst. Ersten: Es geht weiter in Europa. Zweitens: Es geht weiter in Europa. Das „Wie“ ist indes variantenreich und offen zu beantworten. Wir wollen heute davon möglichst viel hören.

Am Vormittag widmen wir uns dem Umgang mit der Pandemie in Europa und Mitteleuropa ebenso wie dem europäischen Weg danach. Am Nachmittag richten wir den Blick auf den allgemeinen Zustand Europas und welchen Perspektiven respektive Herausforderungen es sich in den kommenden Jahren gegenüber sieht. Welche „strategische Agenda“ sollte die EU aus Sicht der Länder Mitteleuropas zukünftig verfolgen? Wie lässt sich die EU in diesem Sinne nachhaltig weiterentwickeln? Und: Wie geht Europa mit dem Wandel in der Welt um, wie begegnet es der globalen Machtverschiebung hin zum „Osten“, weg vom „Westen“?

Meine Damen und Herren, ich bin gespannt auf die Antworten und freue mich auf eine aufschlussreiche Konferenz.

Vielen Dank.